



Interpellation

betreffend **Optimierung von Budget und Rechnung der Stadt Winterthur**

eingereicht von: Ursula Bründler, namens der CVP-Fraktion; Stefan Fritschi, namens der FDP-Fraktion; Christa Kern, namens der SVP-Fraktion; Martin Stauber, namens der Grünen/AL-Fraktion, Ruth Kleiber, namens der EVP-Fraktion; Herbert Iseli, EDU; Michael Zeugin, namens der GLP

am: 5. Mai 2008

Anzahl Mitunterzeichnende: 42

Geschäftsnummer: 2008/046

Text und Begründung

Seit Jahren wird im Rahmen der Debatten über den Rechnungsvoranschlag und bei der Abnahme der Jahresrechnung beklagt, dass unter dem geltenden Regime des kantonalen Finanzausgleichsgesetzes praktisch keine Möglichkeit bestehe, die finanzielle Autonomie zurückzuerlangen, um bei positivem Rechnungsabschluss allenfalls auch einmal den Steuerfuss senken zu können.

Hauptgrund ist die leidige Tatsache, dass Bezüger aus dem Steuerfussausgleich auch bei guten Rechnungsabschlüssen ein "künstliches Defizit" ausweisen müssen, da sie ja verpflichtet sind, 10 Prozent ihres Eigenkapitals aufzubreuchen. Diese Verpflichtung basiert lediglich auf einer "ständigen Praxis" des Kantons. In den einschlägigen Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes zum Steuerfussausgleich (§§ 26 -34) ist diese Verpflichtung nicht erwähnt. Der Stadtrat selber hat in seiner Antwort vom 6.2.2002 auf eine Schriftliche Anfrage zum Eigenkapitalabbau bestätigt, dass es für diese "ständige Praxis" des Kantons keine gesetzliche Grundlage gibt. Mit anderen Worten heisst das, dass dieser jährliche Eigenkapitalverzehr um 10% schon seit Jahren rechtlich nicht haltbar ist.

Obschon im Kanton eine neue Finanzausgleichsordnung in Erarbeitung ist, kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine Verbesserung der Situation schon in der laufenden und auch nicht in der nächsten Legislaturperiode Platz greifen wird, da bereits Opposition gegen dieses Projekt seitens einiger reicher Gemeinden laut geworden ist.

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Wo sieht der Stadtrat Möglichkeiten, wie das jährliche Budget und die jeweilige Rechnung der Stadt Winterthur unter den gegebenen Voraussetzungen des geltenden Finanzausgleichsgesetzes kurzfristig noch optimiert werden kann?
2. Warum hat der Stadtrat noch keine Rechtsmittel gegen diese willkürliche Praxis des Kantons ergriffen?
3. Ist der Stadtrat gewillt, dies nachzuholen?

Vorstoss-Rückseite Nr. 2008/046

eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):		eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):	
√	B. Baltensberger (SP)	X	√	Ch. Denzler (FDP)	X
√	Ch. Baumann (SP)	X	√	St. Fritschi (FDP)	
√	Ch. Benz – Meier (SP)	X	√	B. Günthard-Maier (FDP)	X
√	Y. Beutler (SP)	X	√	F. Helg (FDP)	X
√	U. Böni (SP)		√	J. Heusser (FDP)	X
√	A. Daurù (SP)		√	A. Huber (FDP)	X
√	P. Dennler (SP)	X	√	A. Meier-Camenisch (FDP)	X
√	B. Gruber (SP)	X	√	P. Rütimann (FDP)	X
√	D. Hauser (SP)	X	√	R. Werren (FDP)	X
√	P. Kyburz (SP)				
√	U. Meyer Flückiger (SP)		√	U. Fischer (EVP)	X
√	M. Ott (SP)	X	--	N. Gugger (EVP)	
√	M. Schwager (SP)		√	B. Günthard Fitze (EVP)	X
√	O. Seitz (SP)	X	√	R. Kleiber (EVP)	
√	B. Stettler (SP)		√	U. Martinelli-Weidmann (EVP)	X
√	S. Stierli (SP)		√	H. Iseli (EDU)	
√	E. Wettstein (SP)	X	√	S. Stöckli (GLP)	X
√	R. Wirth (SP)	X	√	M. Zeugin (GLP)	
√	J. Würgler (SP)				
			√	G. Bienz-Meier (CVP)	X
√	W. Badertscher (SVP)	X	√	U. Bründler-Krismer (CVP)	
√	P. Fuchs (SVP)	X	√	U. Dolski-Gebendinger (CVP)	X
√	R. Isler (SVP)	X	√	M. Hollenstein (CVP)	X
√	H. Keller (SVP)	X	√	W. Schurter (CVP)	X
√	Ch. Kern (SVP)		--	R. Schürmann (CVP)	
√	W. Langhard (SVP)	X			
√	J. Lisibach (SVP)	X	√	J. Altwegg (Grüne)	X
√	R. Meier (SVP)	X	√	B. Dubochet (Grüne)	X
√	St. Nyffeler (SVP)	X	√	A. Ramsauer (Grüne)	X
√	St. Schär (SVP)	X	--	D. Schraft (Grüne)	
√	W. Steiner (SVP)	X	√	M. Stauber (Grüne)	
			√	D. Berger (AL)	X
√	M. Stutz (SD)	X			